



DIE



- 1.) UNIVERSITÄTSGESETZ VERABSCHIEDET
- 2.) BERLIN AB 1. JANUAR 70 "WEISSER KREIS"
- 3.) POLIZEIETAT 1971 UM 10% ERHÖHT

DEMOKRATIE DES

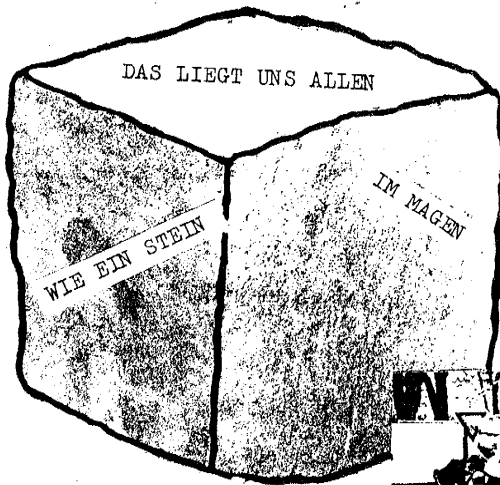
SENATS



DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR



**IN
DER**



PRAXIS



Berliner Polizei-Alarmübung: Mehr Feuerkraft.

Regierungsrat Dr. Brugger sass in einer Versammlung in Dübendorf und trank seinen Pernod. Die Versammlung war von der Freisinnigen Partei als Aussprache mit der Jugend gedacht. Dem unjugendlichen Publikum machte er im Teamwork mit Dr. Bieri (Stadtrat), Dr. Luchsinger (NZZ) und anderen Parteiherrn klar, wie weltoffen die Freisinnige Partei, wie vielschichtig die Neue Zürcher Zeitung und wie gut der Boden in Privathänden verwaltet sei. Plötzlich sagt Dr. Brugger:

"- ab und zu muss man eben einen Stein werfen, damit die Leute aufmerksam werden".

Das erblasste das Publikum und ging in Deckung.

WER VON EUCH OHNE SÜNDE IST,
WERFE ZUERST DEN STEIN AUF SIE

JOHANNES 8



TERROR IN HELVETIA

Polizeiliche und militärische Unterdrückung gegen progressive Gruppen

1) Polizei

Die Schweizer Polizei ist föderalistisch organisiert und beschäftigt sich zur Hauptsache mit dem für die Öffentlichkeit sichtbaren Sektor der Kriminalität. Der Hauptteil der Repression gegen linke Gruppen wird von der Bundespolizei (BuPo) und dem Militär durchgeführt. Die reguläre Polizei übt in diesem Zusammenhang nur undurchsichtige Hilfsfunktionen aus (Knüppel). Die Bundespolizei, die offiziell keine Büros unterhält, ausserdem totale Exekutivgewalt besitzt (Verhaftungen ohne Haftbefehl = Vorbeugehaft), kann im Gebiet der ganzen Schweiz ohne rechtliche Legitimation eingesetzt werden. Diese Polizeitruppe tritt in Zivil auf und ist bewaffnet. Interessant ist, daß diese Terrortruppe, nach dem Vorbild der Gestapo, von niemandem kontrolliert wird und somit ungehindert ihre politische Repression durchführen kann. Chef der Bundespolizei ist ein fragwürdiger Herr Hummler, der sich dadurch auszeichnet, daß er an einem Frühjahrsempfang der griechischen Botschaft zum zweiten Jahrestag der Machtgreifung (21.4.57 - 69) teilgenommen hat. Ausserdem waren sämtliche hohen Offiziere von Schweizer Polizei und Militär sowie Vertreter der offiziellen Schweiz dabei. (Der Polizeichef der Stadt Bern, wo das Fest stattfand, ist Sozialdemokrat!!!) Dieses Fest wurde durch Stacheldrahtverhaue, Tränengas und bewaffnete Polizisten in Militärkampfanstalten in seinem ordnungsgemässen Ablauf gesichert. Einige hundert Demonstranten versuchten vergeblich, dieses Faschistentreffen Schweiz. + und griechischer Prominenz zu verhindern. Die gesamte Stadt wurde von einem Polizei/Militärgürtel systematisch abgeriegelt, jedes Auto, jede Person, die nach Bern reisen wollte, wurden Erkennungsdienstlich behandelt. Jeder, der einen antifaschistischen Eindruck machte, wurde sofort abgeführt und ver4 schwand auf unbestimmte Zeit in der Polizeikaserne. Selbstverständlich wiesen sich die Hilfsfaschisten nicht aus und hatten keine Haftbefehle. Dieses Vorgehen ist nach Schweizer Recht legal!!!

In St. Gallen (Ostschweiz) installierte die Bundespolizei in einem Versammlungslokal der PDA (Partei der Arbeit) Tonband und Abhörgeräte, ohne dass der sozialdemokratische Chef der Kantonspolizei (wie deutsche Landespolizei), Herr M. Eggenberger, etwas dagegen unternommen hätte.

In absehbarer Zeit wird in der Schweiz eine Interkantonale mobile Polizei eingesetzt, die direkt der Bundespolizei unterstellt ist. Diese Truppe ist uniformiert und schwer bewaffnet. Zweck dieser Einheit ist die Niederschlagung von Unruhen in Zusammenarbeit mit dem Militär.

2) Militär

Vom 7. Schuljahr an genießt der männliche Jungschweizer die "Vorteile" des militärischen Vorunterrichts (Körperliches Leistungstraining sowie geistige Auseinandersetzung mit (gegen) den Kommun-

mus). Worte wie: "Pazifisten sind Vollidioten!" zeigen das hochstehende Niveau dieser Ausbildung. Die Vorschulung umfasst unter anderem die Ausbildung mit Waffen und das Ansehen von Nato-Werbefilmen. (Griechenland wird verherrlicht) Während der ganzen vormilitärischen Ausbildung wird ein "Leistungsheft" geführt, das der junge Schweizer bei seiner Einziehung in die Armee vorweisen muss. Es gibt für ihn kein Entkommen, denn jeder Schweizer wird eingezogen und es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Da der Schweizer das halbe Leben als Soldat verbringt (Militärarmee, d.h. er muss jedes Jahr einen Wiederholungskurs absolvieren), hat die Militärjustiz einen entscheidenden Einfluss auf seine politische Entfaltungsmöglichkeit. Diese Justiz befasst sich offiziell nur mit Kriegsdienstverweigerern, hat aber die Funktion einer "Säuberungsgruppe", die aufgrund ihrer gewaltigen Machtposition in der Konstellation des Landes praktisch allumfassend ist. (Ein mildes Urteil ist beispielsweise noch die Ausschliessung aus der Armee nach einiger Zeit Haft). Personen, die von diesem Militärgericht verurteilt werden, verschwinden im Lager "Zugerberg", worüber nur schlimme Gerüchte zirkulieren, da niemand in der Lage ist, die Zustände in diesem schweizerischen KZ aufzudecken und anzuprangern. Meistens finden solche Gerichtsverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und haben den Charakter eines Ausnahmegerichts (z.B. Am 3.7.1968 wurden im kath. Pfarrhaus in Savièse 2 Rekruten wegen Verteilung von Flugblättern zu 8 Monaten scharfen Arrest und Ausschluss aus der Armee durch ein Sondergericht unter dem Vorsitz des Grossrichters Gonvals verurteilt. Man weigerte sich, den Aufenthaltsort der Verurteilten bekanntzugeben. Sie befanden sich in Witzwil, wo nach Angaben einer Tageszeitung ein rauher aber "herzlicher" Ton herrscht, so herzlich, daß vor einiger Zeit Häftlinge verletzt wurden und auf ominöse Weise ums Leben kamen.

Trotz solcher schwerer Repressionen und Zerschlagungsversuchen der Linken seitens der Herrschenden wird unser Kampf fortgesetzt und siegreich enden!!!

Sozialistisches Schweizer Aktionskollektiv in West-Berlin



Ein an der Deckenlampe versteckt angebrachtes Mikrofon in einem Versammlungslokal der PDA demonstriert den von Buposchülfern ausgeübten Gesinnungsterror in der Ostschweiz.



SCHWEIZ

Zielsetzung und Tätigkeit der progressiven Gruppen in St. Gallen

Es existieren zwei nicht-institutionalisierte Gruppen, die aus ihrer verschiedenen Zielsetzung heraus nur einen oberflächlichen Zusammenhang aufweisen.

Vor etwa vier Monaten wurde an der Hochschule St. Gallen eine kritische Studentengruppe mit dem Namen "Inform" gegründet. Infolge Radikalisierungstendenzen einiger Mitglieder innerhalb dieser Gruppe entstand eine weitere Organisation, die PAS. Diese Trennung drängte sich insofern auf, als die Hochschulgruppe sich in ihrer Zielsetzung auf die spezifischen Probleme innerhalb der Hochschule beschränkte, um im Zuge einer dadurch erhofften Basisverbreiterung die Tatsache, daß Hochschulprobleme in einem interdependenten Zusammenhang zur Gesamtsituation unserer Gesellschaftsordnung gesehen werden müssen, einfach ablehnte.

Die PAS setzt sich aus drei Basisgruppen zusammen (Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten), die ihrerseits autonome Arbeit leisten, jedoch im Sinne einer Arbeitsteilung die spezifischen Probleme ihres zu bearbeitenden Gebietes, der Gesamtorganisation mitteilen und interpretieren. Organisationstechnisch muß hier noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß weder Inform noch die PAS nach den überlieferten Organisationsformen einer politischen Partei funktionieren. Im Sinne einer antiautoritären Organisation soll eine optimale Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen erzielt werden. Ein entsprechender Bewusstseinsgrad und die daraus resultierende Disziplin bildet dafür die Hauptvoraussetzung. Dieses Ziel kann jedoch nur durch eine offene permanente Kritik und Selbstkritik ihrer Mitglieder erreicht werden.

Wir verstehen uns als eine ausserparlamentarische Opposition. Die Behauptung, daß eine solche Organisation in der Schweiz keine Berechtigung habe, da bei uns das Volk, ausgerüstet mit dem Initiativ- und Referendumsrecht, als Ganzes eine Art ausserparlamentarischer Opposition darstelle, wird immer wieder betont. Juristisch betrachtet ist diese Feststellung völlig richtig. Schaut man sich aber die Stimmbeteiligungen und vor allem das niedrige Problembewusstsein der Stimmbürger an, die oft nicht einmal über die einfachsten formalen Strukturen unseres Staates Bescheid wissen, können die formell bestehenden Volksrechte überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden! Und, ist es denn nicht eher so (um den Spieß einmal umzudrehen), daß wir von kleinen radikalen Minderheiten regiert werden. Tatsächlich sind die genannten Phänomene aber nur Symptome für die politische Irrelevanz von Abstimmungen, in denen jede grundsätzliche Alternative fehlt und deren Ausgang meist nur beschleunigenden oder verzögernden Einfluss auf ein schon feststehendes Ergebnis hat.

Die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien

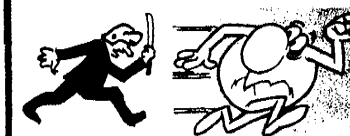
Wir haben aus Diskussionen mit den etablierten politischen Parteien folgende Eindrücke gewonnen:

1. ist die dynamische Zielsetzung der progressiven Gruppen, die aus einem steten Neubedenken und kritischen interpretierten oder jeweiligen aktuellen politischen Situation resultiert, nicht in eines der starren, dogmatischen Parteiprogramme zu integrieren.
2. sind die Repräsentanten dieser Parteien, die in Fraktionen im Parlament nurmehr eine ausschmückende Bedeutung haben, in ihrer demokratischen politischen Funktion insofern kaltgestellt, als die Politik nicht von ihnen als sog. Volksvertreter gemacht wird, sondern von Interessensverbänden, deren Handlungslager sie sind.

3. haben namentlich die Vertreter des Proletariats den Kontakt zur breiten Masse der Arbeitenden verloren. In diesen Gremien geht die Entfremdung gar soweit, daß man sog. asoziale Elemente wie Rocker und Gammler, die vielleicht gar zur Avantgarde derer zählen, die eben diesen autoritären "Scheinföderalismus" unserer Demokratie und den verheerenden Konsumtions-Teufelkreis als erste nicht mehr mitmachen, aus der Liste von demokratiefähigen Bürgern und damit aus der Liste als Menschen überhaupt streicht.

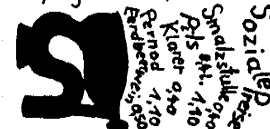
Wir sind uns bewusst, daß unsere Aufgabe ein Engagement bis fast zum materiellen und existentiellen Ruin bedeutet. Verunglimpfungen in der Presse, wie: unsere Bewegung sei von zahlungskräftigen Hintermännern gesteuert, wir seien in Agitationszentren ausgebildet worden, zeigen nur, daß die Verantwortlichen dieses Systems ihren Untergang nicht einmal eine kritische Auseinandersetzung ihrer dunklen Mächtschichten zutrauen. Ihr Bewusstsein über die Umhülligkeit der Jugend und ihrer Obrigkeitshörigkeit beweist das fehlende Vertrauen in die kommende Generation. Wenn bei einem Teach-In der Gewerbeschüler über die Bildungsstruktur hier in St. Gallen die Polizei im Alarmbereitschaft steht, wenn ein Brief eines dieser Gewerbeschüler an die Griechische Botschaft seinen Weg auf dem Polizeiposten findet und damit argumentiert wird, daß darob das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und diesem Verbrecherstaat getrübt würde, wenn anlässlich einer St. Galler-Theateraktion gegen das bourgeois Theater 30 Polizisten in Zivil in den Zuschauerraum eingeschleust werden, wenn man im eigenen Telefon das verdächtige Klicken des Abhördienstes hört, dann hat unsere Demokratie abgedankt!!!!

(Auszüge aus einem Flugblatt der PAS = Progressive Aktion St. Gallen der Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten)



ApoTheke

Spaghetti 1,90



Berlin 10 Galvanistr. 2
Nähe Ernst-Reuter-Platz
am Einsteinufer

Kleinanzeigen

Autos

Suche für nächste Woche 2 Tage Auto für Westdeutschlandfahrt gegen Bezahlung. :86 67 93.

VW-Bus mit Schäden in der Karosserie, guter Zustand, ohne TÜV ca. 200,-DM. Tel.: 773 25 88

Renault Dauphine 62 Bj., TÜV 71 200,-DM Motorschaden
Tel: 26 12 10

Suche sehr billig altes Mofa (50-60 DM). 76 53 40

Wunderbares buntes Auto (Illoyd400 Bj. 55) 250,- Liebhaberpreis.
ATM neu div. Ersatzteile einschl. Motor zu verkaufen. Steuer +Vers. im Jahr 218,-. TÜV Ende 70
Michael Freitag, 1-36, Skalitzerstr. 54, 2. Hof

Grossfamilie sucht dringend VW-Bus bis 500,-DM: 61 66 45

VW Cabriolet, Bj. 1951, Austauschmotor, Radio, Karosserie und Verdeck in gutem Zustand, Bremsen und Lenkung defekt 230,-DM.
Marx, 1-61, Mittenwalder Str. 44
Tel.: 87 14 04 u. 66 62 62

Mietgesuche

Das Redaktionskollektiv "883" sucht dringend grosse Ladenwohnung Tel. 883 56 51

Wir suchen 6-8 Zi-Wohnung, tel. 883 56 51

Genossen suchen dringend 2½ od. mehr Zimmerwohnung, möglichst mit Bad bis 150,-DM. (zahle Prämie). Tel.: 145 54 283

1 Zimmer möbl. bis 130,-DM gesucht ab 1. Aug. Tel.: 32 26 28

Nette deutschsprechende Französin sucht dringend für den Monat August Zimmer. 769 16 69

Suche 1-Zimmerwohnung oder Zimmer in Gemeinschaftswohnung.
R. Kuhlmann, Würnberzer Str. 24a I
Tel.: 211 16 99

Suche 3-6 Zimmerwohnung
Tel.: 76918 06 (zw. 18 u. 19 Uhr)

Zimmerfrei

2helle Zimmer, repressionsfrei, teilmöbliert, kein Abendkochen, Gelegenheit vorhanden, Badbenutzung, Warmwasser, Ofenheizung. Günstige Lage (nahe U-Bhf. Hohenzollerplatz).
(evtl. auch einzeln) ab 1. August zu vermieten. 180,-DM
Christiane Wähler, 1-31, Holsteinische Str. 21 II, Tel. ab 18 Uhr.
2-Zimmerwohnung Kreuzberg, male-rische Lage auf 2. Hinterhof, gut durchlüftete Aussentoilette. Kleiner Abstand für Renovierung und strapazierfähiges Mobiliar
Michael Freitag, 1-36, Skalitzer Str. 54, 2. Hof

Tina Putt

»Zur Wanne«



Altfilm Jungfilmer Schriftsteller und ganz Normal

die Knappe für Künstler Pseudokünstler Revolutionäre

1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30-5 Uhr

Fundgrube

Suche für Monat August ein leichtes 3-4 Personen-Zelt zu mieten!
Paul Schilling, 1-44, Sanderstr. 16
Primamer brauchen dringend (wegen der Ferienzeit) einige 70-80-jährige gleiche Zeugungs-jahrgänge für Fete.
Über bürgerliche Feinheiten wird hinweggesehen!
Anrufe bitte am 21./22.7. von 17-18 Uhr :72 23 78

"883" sucht: billige Lager-räume, wo Genossen Möbel und Kraft Fahrzeugteile zwecks Weiter-gabe unterstellen können
Tel.: 883 56 51

Wer möchte sich August -Sept. mit Mao herumschlagen?
Mao ist eine Katze, schwarz-weiß, 3/4 Monate alt
Bei Ulrik, Tel.: 3186 54

In der Oranienstr. 199 hat der Genosse Ingo Eberding eine Fern-seh-u. Rundfunkreparaturwerkstatt mit An-u. Verkauf von Gebraucht-geräten eröffnet. Fr hat soziale Preise. z.B. prima Bild für 98,-DM Überzeugt euch selbst!

Wer hat Interesse, in Werkraum (Atelier 55m, Kreuzberg) gegen Mitkostenbeteiligung zu arbeiten
Tel.: 26 76 48

Der Genosse, der beim Scheitern in der FU-Wensa sein Adressverzeichnis verloren hat, möge mich an-rufen: 83 49 64.
Suchen Aufträge für Gartenpflege, Grabpflege und -gestaltung
Tel.: 301 46 37

Künstlergruppe "DE PROFUNDIS" sucht grosse Wohnung ab 6 Zim. mit Bad + Balkon, mögl. billig oder Haus o. Febr. 1978.
"DE PROFUNDIS" c/o Karin Röhr-bein Buchhandlung: 1-15, Ludwig-Kirchstr. 4, Vorstr. wir haben alle lange Haare!

Werdende Grossfamilie sucht Mit-glieder jeder sozialen Schicht. Vor allem Frauen mit Kindern (möglichst ab 2 Jahre).
Michael Streicher, 1-12, Schlüter-str. 48, Tel.: 883 54 74.

Wirtshaus Wuppke

VORSTAND FÜR DEN HAARER DISTRIKT

SCHLÜTERSTRASSE ECKE KANTSTRASSE NACH 13

LAUFESTE:

ASTA PH
1-46, Maltesserstr. 77-100, 775 30 78

ASTA FU
1-33, Garystr. 20, 76 90 22 46

ASTA TU
1-12, Str. d. 17. Juni, 32 53 43 oder 314 24 41

Amnesty International
über Dr. Niemann 883 49 09

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) 1-41, Lepsiusstr. 36

Büro für Stadtanierung
1-36, Wrangelstr. 5, 61 30 02

Basisgruppen-TWO
über F. Hemmer, 1-12, Giesebrechtstr. 20, 32 12 82

EXTRA-Dienst (Drehscheibe)
1-31, Pfalzburger Str. 20, 86 21 89

Evangelische Studentengemeinde (ESG)
1-33, Gelfertstr. 45, 769 10 41

Freie Deutsche Jugend (FDJ)
1-44, Allerstr. 35, 68 43 57

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF-Club)
1-31, Ku-damm 72

Humanistische Union (HU)
1-6, Kufsteiner Str. 12, 71 61 97

Informationskollektiv der Kinderläden (Zentralrat), 32 27 64

Internationale der Kriegsdienstge-gener (IKD), Sektion Berlin
1-20, Feldzeugmeisterstr. 3, 3884270

SPARTACUS Initiativsausschuss für eine kommunistische Jugendorganisation
C. Gelhaar, 1-30, Fuggerstr. 24, 211 83 24

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) 1-37, Sven-Hedin-Str. 44
84 29 70

Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" 1-42, Albrechtstr. 107-108
701 10 41

Ständiger Arbeitsausschuss für Frie-den, nationale und internationale Verständigung, Kontakt: H. Behn, 1-41, Wielandstr. 22 85 41 73

Zentralermittlungsausschuss,
1, 12, Str. d. 2. Juni, 314 25 49

Liga für Menschenrechte
87 93 09 oder 80 11 23

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSB) 1-61, Grossbeerenstr. 66
18 18 35

Jugend-Club Prisma
1-52, Scharnweberstr. 17-20, 4123542

Republikanischer Club (RC)
1-15, Wielandstr. 27, 883 40 75

Rote Garde
618 39 90 von 17-19 Uhr

Schüler- und Lehrlingszentrum am Lehmer Platz, Ku-damm 153, Eingang hinter dem Studio-Kino, Cicerost. Tel. 886 66 06 oder 886 67 86

DEMOKRATISCHE UNION (DU)
Kontaktadresse Berlin=

Dieter Korsten
I Berlin 31, 5. April 1969
Wilhelmsau 31
Tel. 87 95 95 (ab 17 Uhr)

Teestube
Galerie Gelbhaus
BAYREUTHER STR. 6
13 SORTEN
TEE



WAS WITTENBERG PLATZ
Warme Küche
Zwiebelsuppe.

Veranstaltungskalender

20.7.69 Sonntag 20 Uhr, RC
FILME:
1. Kuba Sommer 1968
von Ulrich Knaut
2. Nicht löschbares Feuer
(Napalm)
von Harun Farukki
Es wird um eine Mindestspende von 1,-DM gebeten, wobei der Erlös zu 50% für das Sozialistische Zentrum und zu 50% für die Sozialistische Film Coop bestimmt sind.

MATALA
1 BERLIN 15 • Bayerische Str. 33
ab 18:00 geöffnet Tel.: 883 49 16



Cordjans
IN VIELEN FÄRBE
RUCH FÜR
KOMMISSAR
LEDERKLEIDUNG
JEANSJACKEN
WHITE & BLUE
PULLIS
LEINER
BERNARS
MEN-SHOP
BEI 118 TR. 52
TEL. 76 76 76
SCHNEIDER
LINDENBRUCKER
BUS 44, 46
LINKE ZEITUNGEN
1983

Mitfahrten

Wer fährt am Samstag, d. 26. nach Bremerhaven? T.: 769 16 25

Suche Mitfahrgelegenheit Richtung Dänemark bis Flensburg 25.7. abends oder 26.7. morgens gegen BKB, Bescheid zu 883

Linkes Paar mit Auto gesucht für Fahrt Berlin über Hamburg nach Paris nach Südr Frankreich ab ca. 25.7. bis 16.8. BKB Triem/Daniel

Bitte Termine hinterlassen unter Tel.: 883 56 51

wir fahren zu viert 2 Monate nach Nordafrika (Marokko, Algerien Tunesien) ab: ca. 15.8.

Suchen noch Pärchen, dass mitkommen will. Eigenes Auto und Zeit Bedingung, Kostet ca. 800-1000,-
Karte: Kalisch, 1-37, Pappelweg 23

Suche Mitfahrgelegenheit oder Trampgenosse nach Schweden (Göteborg) Ende Juli
Ursula Hof, 1-21, Wilsnackerstr. 62

2 Genossen suchen zum 1. August Mitfahrgelegenheit nach Florenz.
Mitfahrgelegenheit nach München zwischen 26.-29.7. gesucht.
Heide 26 36 75 od. 89 63 86

die theoretische Grundlage, von der sich unser Denken leiten lässt, ist der Marxismus-Leninismus (Mao)

SOUND
PLATTEN
KUNSTGEWERBE
POSTERS
billig SCHMUCK
irre KLEIDER USW.
Ecke Mehringdamm
- 61, Gneissaustr. 114

BARTPAVILLON
STUDENTEN UND
KÜNSTLERKNEIPE
KREUZBERG · NAUNYNSTR.
T. 615376 54

POP MUSIC POSTERS
ZIP
JEDE WOCHE NEU
PARIS NIS LONDON
SCHNITTLAGS
GRATIS
UHLANDSTR. 36

RICHTIG ARBEITSKREISE EIN
VERKAUF LITERATUR
bookshop
KOLLEKTIVLADEN
1 B 45 Knebeckstr. 10
MACHT EUSBLATTARTIKELN

POLITISCHE FUNKTION DES

aus: Materialien zur
politischen Justiz
RC-Hefte Ffm/ Justizkampagne
Westberlin

ORDNUNGSRECHTS

Die Behauptung der Kriminalität der Studentenbewegung muß als offizielle Begründung des neuen Ordnungsrechts herhalten. "Wir sollten nicht von Studententun- rufen sprechen, sondern die Dinge beim Namen nennen: organisiertes und terroristisches Bandenun- weesen linker Extremisten. - Es ist daher notwendig, gezielt anzusetzen." (Bruno Heck, Gesetz und Ord- nung, in "politische Studien", S. 184/69). Bereits Ende Januar entschloß sich Kanzler Kiesinger den Worten Taten folgen zu lassen: Im Kanzleramt wurde ein Referat eingerichtet zur Endlösung der Studentenfrage, die sog. Bund - Länderkommission. Noch in den letzten Wochen des Sommersemesters 1968/69 begannen zentrale Konfe- renzen der politischen Gremien aus dem Boden zu schießen, die für die Disziplinierung der Studenten zuständig sind: Die Innenminister (Polizei), Kultusminister und schließlich die Ministerpräsidenten. Am 19.2. wurde der neugebil- dete "Arbeitskreis für das nationale Bildungswesen", in dem die sogenannten akademischen Selbst- verwaltungsgremien, wie WRK, WR usw. in Verbindung mit dem exekutiv- nenn Länderchefs mit dem Exekutiv- von Kiesinger, Benda und Stoltenberg unterstellt sind, einberufen. Derart umfassend vorbereitet einigte man sich rasch auf die Konterstrategie. Am 27.2. konnte der Staats- vertrag über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechts von den Minis- terpräsidenten unterschrieben werden. Es ist wichtig für eine Beurteilung dieser Gesetze, zu wissen, daß dahinter sich das Vor- verständnis der Kriminalität der Studentenbewegung verbirgt, denn dieses Vorverständnis wird die In- terpretation und damit die Anwendung des Ordnungsrechts bestimmen. Der eigentliche Anstoß zur Schaf- fung dieses neuen Disziplinierungs- mechanismus aber lag natürlich nicht in dem privaten Bewußtsein der Herrschenden, sondern - und daraus läßt sich seine Funktion be- stimmen - in der politischen Inten- tion, Gefährdungen der eigenen Herrschaftspositionen und - inter- essen zu beseitigen:

- im Hinblick auf die zu erwarten- de Auseinandersetzung während der Bundestagswahlen;
- angesichts einer neuen Inten- sität und Qualität der Studen- tenbewegung an der Hochschule;
- insbesondere im Zusammenhang mit den Plänen, daß zur opti- malen Ausnutzung der Produktiv- kraft Wissenschaft die Hoch- schulen gegen den Widerstand der politischen Studentenbewe- gung in das Korsett einer tech- nokratischen Hochschulreform gepreßt werden soll.

ORDINARIENMACHT SOLL BLEIBEN

Die politische Studentenbewegung hat sich in ihrem Kampf an der Hochschule nicht damit begnügt, auf technische Mißstände, wie Arbeitsplatzmangel, Vergütung von Mitteln, die ohnehin nicht aus- reichend sind, Massenstudium usw. hinzuweisen; Mißstände, die den eigenen Anspruch der bestehenden Hochschule widersprechen und das einzige offen ausgewiesene Re- formziel der Reaktionen sind. Sondern die Studentenbewegung hat einerseits die Organisations- form der Wissenschaft, die gekenn- zeichnet ist durch private Vergütungs- gewalt der Ordinarien über Forschung und Lehre, durch auto- ritäre Lehrformen, die das Studiu- m auf von ihnen nicht kontrollier- bare Prüfungen strukturieren usw. angegriffen und andererseits den Zusammenhang von Hochschule und Gesellschaft in der Organisation von aktiven Streiks politisch thematisiert. Die Spitzen in den Bürokratien des Staatsapparates haben begriffen, daß die Autono- mie der Hochschule - so reduziert diese auch schon ist - es den Studen- ten ermöglichte, zu einem politi- schen Selbstverständnis zu gelan- gen, das den Formierungsstenden- zen des autoritären Staates den entscheidenden Widerstand entgegen- zusetzen vermag. Durch eine to- tale Verschulung im Kurzstudium, Häufung von Prüfungen, Ausschluss

uer Studenten von der Forschung, Erziehung zum Fachdioten wollen sie zwar technische Mängel beheben, aber gerade die politische Bewußtseinsbildung in der Uni- versität auf die Dauer verunmög- lichen. (Mit welchem Ziel die noch bestehende Autonomie der Hochschule eingeschränkt werden soll, zeigt sich gerade am Ord- nungsrecht: Die Bestellung des Ordnungsbeauftragten kann so- wohl vom Rektor als auch vom Kultusministerium durchgeführt werden, damit erreicht wird, daß "Obstruktion oder Passivität Verangetigter damit in bei- den Fällen auszuschalten ist.")

Diese technokratische Hochschul- reform wird als fortschrittlich verschleiert, wenn z.B. den Studen- ten Drittelparität in Gremien (in Hessen im Konvent) zugestan- den werden, deren Entscheidungs- gewalt aber so radikal beschränkt ist (der Konvent hat praktisch nur beratende Funktion), daß sie nur in einem von der Administra- tion vorgegebenen Rahmen handeln können. Die Organisationen der Studentenschaft vds, ASTA, Fach- schaften, die sich inzwischen das politische Mandat erkämpft haben, und eine organisatorische Basis im Kampf gegen die technokratische Hochschulreform bilden können, sollen aufgelöst werden. Um diese verschärfte Reglementierung der Universitätsausbildung durchzu- setzen, will man den politischen Widerstand der Studenten brechen. Zur Durchsetzung der technokra- tischen Hochschulreform im Sinne des autoritären Staates ist die vorgängige Verabschiedung des Ordnungsrechts notwendig gewor- den.

"KLARE RECHTLICHE VERHÄLTNISSE"

Das neue Ordnungsrecht muß die Mängel des alten Disziplinarrechts im Hinblick auf die neue politi- sche Situation bereinigen und an- tipzipiert insoweit die Repressio- nen der technokratischen Hoch- schulreform. Anhand der konkreten Änderungen zwischen den alten Disziplinarvorschriften und dem neuen Ordnungsrecht läßt sich die Absicht, für welche Fälle das Ordnungsrecht angewandt werden soll, und damit zugleich die Kon- terstrategie der staatlichen Bü- rokratien ablesen, die es zu ana- lysieren gilt, um in äquater Form neue Handlungsspielräume der Studentenbewegung zu bestimmen:

1. Zunächst "krankte" das alte Disziplinarrecht in seiner Prak- tizität daran, daß fast jede Hochschule verschiedene Diszipli- narvorschriften besaß, die teilwei- se noch aus der obrigkeitlich- staatlichen Epoche des Kaiser- reichs stammten, auf jeden Fall aber mit ihrer überwiegenden Mehrheit sogar rechtlich immanent fragwürdig und anfechtbar waren. Dies sowohl in ihren inhaltlichen Bestimmungen, als auch in formel- rechtlicher Hinsicht, d.h. viele Disziplinarvorschriften waren led- diglich Verordnungen oder mini- strielle Erlasse u.ä., sodaß sie selbst mit den rechtlichen Prin- zipien des Grundgesetzes kollidierten. Dies bewirkte ihre Umständ- lichkeit in der Anwendung und es gibt genügend Beispiele, daß Dis- ziplinarstrafen der Hochschulad- ministration später vom Verwal- tungsgericht wieder aufgehoben wurden. Um diese Unsicherheit aufzuheben, schafft der Staats- vertrag "klare rechtliche" Ver- hältnisse, indem er zum einen die Länder verpflichtet, "ordentliche" Gesetze zu erlassen, und zum an- deren das gesamte Ordnungsrecht einheitlich gestaltet. Mit die- ser Zentralisierung der Ordnungs- maßnahmen verbinden sich wichtige politische Funktionen:

- Durch die vereinheitlichten Vorschriften, von dem in § 4 des Staatsvertrages vorgesehenen Austausch von Informationen über Ordnungsstrafen zwischen den Kul- tusministerien - der sich zunächst nur wie Aktenfetterschismus ansieht - der Weg geebnet für einen Ausschluss vom Studium an allen Hochschulen der gesamten BRD. Im Staatsvertrag selbst und in den Ordnungssetzen der Länder ist zwar immer nur der Ausschluss

(seitlich unterschiedlich bis zu drei Jahren) von den Hochschulen eines Landes, aber über die Hin- tertür der Immatrikulationsbestim- mungen läßt sich einbauen, daß Studenten, die in einer Hochschule vom Studium ausgeschlossen wurden, sich auch in keiner anderen mehr immatrikulieren können. Faktisch bedeutet dies eine enorme Verschärfung der Ordnungsstrafen. Dies ist keine Spekulation, son- dern die Hamburger Universität hat sich schon als erste diesen neuen Verhältnissen angepaßt.

b) Durch die Zentralisierung der Ordnungsmaßnahmen läßt sich auch eine technisch perfektere Koo- rdination der Konterstrategie zwi- schen Universitätsadministration, Polizei und Staatsbürokratie zur effektiveren Bekämpfung der politi- schen Studenten durchführen. Dieses Ziel wurde schon lange an- gestrebt und bewährte sich auch teilweise schon, so z.B. als In- nenminister Benda während der De- monstrationen gegen Springer zu Ostern 1968 durch eine Koordinati- on des Polizeieinsatzes aller Länder erreichen konnte, daß am Ostermontag alle Polizeieinsätze erheblich brutaler und "durch- greifender" ausgeführt wurden als noch bei den nichtkoordinierten Polizeieinsätze am Karfreitag. In dem noch eingehaltenen Aus- führungsgesetz zum Ordnungsrecht ist auch das erste Mal ganz un- verbliumt von der Zusammenarbeit aller Staatsbürokratien die Sprache: § 8: "... Hochschule, Poli- zei und Staatsgewalt haben den Ordnungsbeauftragten vom Verdacht einer solchen (strafbaren) Hand- lung zu unterrichten. Die Ge- richte und Behörden haben den Ord- nungsbeauftragten Rechts- und Amtshilfe zu leisten." Diese Zu- sammenarbeit wurde in den letzten Jahren durch professorale Gut- achten gesegnet und vorbereitet (siehe das Lerche Gutachten)

VOM PROTEST ZUM WIDERSTAND

2. Es fällt auf, daß bisher rela- tiv wenig Disziplinarverfahren eingeleitet wurden. Wegen den oben genannten rechtlich-techni- schen Schwierigkeiten bevor- zugte die Universitätsadminis- tration und die staatlichen Bürokratien bisher andere Re- pressionen, da diese schneller, leichter und für den Augenblick wirkungsvoller einsetzbar waren: in erster Linie die Polizei. Mit wandelnder Intensität und einer neuen Qualität der Studentenbewe- gung wird dieses Mittel aber zu- sehens in effektiver. Bis zum WS 1968/69 hatten die traditionellen Kampf- und Organisationsformen, die die Studentenbewegung bis dahin hervor gebracht hatte, vorwiegend das Ziel, Studenten zu mobilisieren und aufzuklären. Sie waren darauf eingerichtet, im massenhaften Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen Manipulation, gegen die Un- terdrückungsmechanismen und die Verwertungsbeziehungen der kapitalistischen Gesellschaft (akti- valisiert an Springer-Presse, NS-Gesetzgebung und Universitäts- strukturen) radikal-demokratisches und antiautoritäres Bewußtsein den studentischen Massen anzu- sprechen. Gewannen zwar die Ak- tionen gegen die Springer-Presse an Konkretion und wurde auch die Notwendigkeit des Übergangs von Protest zum Widerstand in die NS-Kampagne verbal eingeführt, so blieben die Aktionen selbst in traditionellen Formen verhaftet: Demonstration, teach-in, Besetze- zung bzw. Blockade. Bei diesen Massenaktionen war die Polizei das nächstliegende Mittel des au- toritären Staates. Allerdings zeigte sich eine für die Herr- schenden gefährliche Ambivalenz des Polizeieinsatzes: Die Ausbil- dung von Solidarisierungseffekten unter Studenten, Jungarbeitern u. Schülern. Diese vielfach nur mo- ralische Solidarisierung bei un-

politischen und zufälligen Demons- trationsteilnehmern setzte regel- mäßig einen Bewußtstungsprozess in Gang, sodaß die Polizei die Be- wegung eher stärkte als sie ein- zudämmen.

DIE PRAXIS DER STUDENTENBEWEGUNG

Dieser Mangel in der Strategie der staatlichen Bürokratie wurde noch verschärft durch eine neue Quali- tät und neue Organisation der Studentenbewegung. Angesichts der Interessenidentität von Staat, Wirtschaft und Universitätsadmini- stration in Bezug auf die to- tale Zerschlagung des organisierten Kerns der Bewegung konnte es der Studentenbewegung nicht mehr genügen, punktuell und zu Einzel- zielen kurzfristig liberale und mobi- liautoritäre Studenten zu mobi- lisieren, ohne sie langfristig an ihrem Arbeitsplatz Universität zu organisieren. Um den Preis ihres Überlebens mußte die Revolte un- ternehmen, gleichermaßen ihren Protest gegen veraltete Hoch- schulstrukturen und Lehrinhalte zu konkretisieren, als auch die Organisationsform Basisgruppe als Alternative studentischer Selbst- organisation so zu institutionalis- sieren, daß sie in kurzer Zeit ei- neren organisatorischen und politisch artikulierte Macht darstellte, über die keine reaktionäre Büro- kratie kein Ordinarius ohne wei- teres hinweggehen konnte. Die Praxis der Studentenbewegung ver- lagert sich in dieser Phase von den Massenaktionen weg in dezent- ralisierte Vorlesungs- und Sem- inardiskussionen. Die Studenten- bewegung trat unter dem Slogan "Selbstorganisation" mit dem An- spruch und dem Ziel auf, den alten Universitätsbetrieben lahmzu- legen und endlich wissenschaftliche Praxis materiell zu verändern; sie setzte selbsttätig endlich die Vorstellungen um, die sie jah- relang in Form von Forderungen er- hoben hatte, ohne angehört zu werden. Dieser studentischen Praxis gegenüber sind die alten Repressi- onsmittel der Universitätsbüro- kratie tendenziell wirkungslos. Die Polizei kann technisch schwer und politisch nur unter dem grös- ten Risiko einer enormen studen- tischen Solidarisierung in den Vorlesungen und Lehrveranstal- tungen gegen politisch aktive Studen- ten eingesetzt werden. Die alten Disziplinarvorschriften jedoch hatten noch Probleme ganz anderer Art im Auge: Zwar war in den Vor- schriften aller Universitäten in einer Generalklausel auch die Mißkel zu finden, die "akademi- sche Disziplin habe die Aufgabe, die Ordnung der Studierenden zu wahren, " aber damit war - ent- sprechend dem Sittenkodex des kaiserlichen Obrigkeitsstaates u. der historischen Funktion des Dis- ziplinarrechts - der ordentliche ("sittliche") Lebenswandel der Studenten selbst gemeint, was sich in den näheren Bestimmungen deutlich zeigt; Besonders sollen durch disziplinarische Strafen gehandelt werden: " hohes und unerlaubtes Spielen oder Wetten, Verfrüherklärungen, Herausforde- rungen zum Zweikampf, unsittlich- er Lebenswandel, Hingabe an den Trug" etc.

DEMASKIERTE WILLKÜR

Eine studentische Politik in den Lehrveranstaltungen ist darunter nur schwer zu fassen. Genau diese offensichtliche Lücke in der Konterstrategie gegen die Studen- tenbewegung führt das neue Ord- nungsrecht aus. Es ist inhaltlich abgestellt auf die "Ordnung der Universität", auf die ordentliche Durchführung von Lehrveranstal- tungen usw. Was diese Lehrfor- meln bedeuten, kann nur deutlich

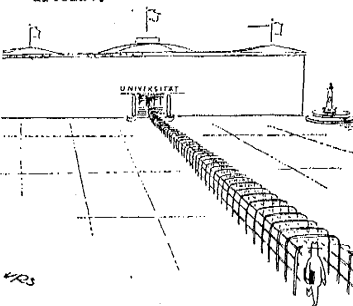
POLITISCHE FUNKTION DES ORDNUNGSRECHTS

werden im Hinblick auf das entscheidende Strukturprinzip der deutschen Ordinarenuniversität: Der Interpretationsherrschaft der Ordinarien, d.h. deren willkürliche Kompetenz, "offiziell" und nach dem Ordnungsrecht rechtlich verbindlich festzulegen, was "ordentliche" Wissenschaft und was deren Störung und "Sabotage" heißen soll. Diese Willkür demaskiert sich, wenn ein und dieselbe studentische Praxis dann akzeptabel und "rechtmäßig" wird, wenn der Professor sie befürwortet, dann aber zu Relegationen führt, wenn der Professor sie verurteilt.

nische Lehrinhalte, Massenveranstaltungen, irrationale Prüfungssysteme d.h. bestehende politische Formierungsmechanismen der Universität und die bestehende Verwertung der Studenten als funktionalen Output für die kapitalistische Gesellschaft.

ABSTRAKTE LEERFORMELN

Indem das Ordnungsrecht aber nicht in diesem Klartext abgefaßt ist, sondern abstrakte Leerformeln isoliert von ihrem sozialen Kontext hinstellt, erfüllt es eine ideologisierende Funktion. Es verschleierte seine politische Wirkung, die Gewaltanwendung gegen Studenten, die erst bei der Anwendung Zusage tritt. Während die alten Disziplinarschriften noch durch ihre unverblühte Formulierung jeden, der sie anwenden wollte auf Grund ihrer Lächerlichkeit desavouierten, erheischt das Ordnungsrecht für den oberflächlichen Betrachter Zustimmung für Leerformeln, denen in dieser Abstraktheit keiner widersprechen kann. So kennzeichnet das Ordnungsrecht den Versuch des kapitalistischen Staates, wieder zu dem ihm eigenen Mittel der versteckten Gewalt zurückzufinden. Denn die Herrschaftsstabilisierung in der kapitalistischen Gesellschaft besteht ja gerade darin, daß die dazu nötige Gewalt nur versteckt in Form von Manipulation, bürokratischen Ermessensentscheidungen, oligarchischer Kompetenzregelung der politischen Willensbildung (Parlament, Parteien usw.) angewandt wird; Mechanismen, die allesamt ideologisch als Werte wie Pressefreiheit, Rechtsstaat, demokratische Willensbildung etc. ins Positive gekehrt als solche verinnerlicht und anerkannt werden. Ist dieser Kreis geschlossen, bedarf es nicht mehr der offenen Gewalt des faschistischen Staates. Hatte die Studentenbewegung gerade diese versteckte Gewalt durch ihre Praxis provoziert, sich offen in Form des Polizeiknüppel zu zeigen, so zwingt die Gefahr der damit verbundenen Aufklärung die Herrschenden mit dem Ordnungsrecht zu Mechanismus des "stillen errors" zurückzukehren.



Eingang für Professoren

Die Legitimität der studentischen Forderungen und Praxis kann aber nicht danach bemessen werden, ob ein Professor ihr zustimmt oder nicht - aber ihre Legalität soll sich daran entscheiden. An diesem Punkt wird die Unterdrückungsfunktion des Ordnungsrechts offenbar, wenn legitime Forderungen mit der Waffe "Legalität" bekämpft werden können. Es wird deutlich, warum das Bewußtsein und die polt. Intention derer, die das Ordnungsrecht anwenden können, entscheidend ist: Das Ordnungsrecht ist für deren Interessen fungibel, d.h. konkret für die Ordinarien und deren akademische Gremien. Das Ordnungsrecht schützt daher nicht die - gar nicht denkbare - "objektive" - Ordnung und Funktionsfähigkeit der Universität, sondern einen ganz bestimmten, bestehenden - unveränderbaren - als "ordentlich" bezeichneten - Zustand: Im Klartext - die Ordinarienstruktur, die feudale Herrschaft des Professors, anachro-

DAS ORDNUNGSRECHT IST DAS

JÜRGENS BUCHLADEN

DAHLEM DORF

Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40

LINKE LITERATUR + POSTER + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn

Liebliebt auf der Flucht erschossen Rosa Luxemburg von der Menge gefötet

Die Rote Fahne

Ordnung herrscht in Berlin

Von Rosa Luxemburg

"Ordnung herrscht in Berlin!" verkünden die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der "siegreichen Truppen", denen der Berliner Kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra! zujubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind vor der Weltgeschichte gerettet. Die jämmerlich Geschlagenen von Flammen und den Argonen haben ihren Ruf wiederhergestellt durch den glänzenden Sieg - über die 300 Spartakisten im "Vorwärts"! Die Zeiten des roten schmutzigen Eindringens deutscher Truppen in Belgien, die Zeiten

Generals von Emsich, des Bezwingers von Lüttich, entrissen vor den Taten der Reinhardt und Gen. in den Straßen Berlins, Niedergeworfene Parlamentäre, die über die Übergabe des "Vorwärts" verhandeln wollten und von der Regierungskolonne mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zerschmettert wurden, so daß die Rekonstruktion ihrer Leichen unmöglich ist, Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Waise hingemordet wurden, daß Schädell und Hirn herauspritzten: Wer denkt da noch ansichts so glorreicher Taten an die schmachvollen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? "Spartakus" heißt der Feind und Berlin der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Noske, der "Arbeiter", heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Ludendorff versagt hat.

"Ordnung herrscht in Warschau", "Ordnung herrscht in Paris" - "Ordnung herrscht in Berlin!" So lauten die Meldungen der Hörer der "Ordnung" jedes halbe Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum anderen. Und die frolockenden "Singer" meinen nicht, die einzige "Ordnung", die periodisch durch blutige Metazellen aufrechterhalten werden muß, unaufrichtig ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht.

"Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schwergewicht "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rasend" wieder in die Höhe richten und zu eurem Schrecken mit Postamenten verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!

In: "Die Rote Fahne" vom 14. Januar 1918



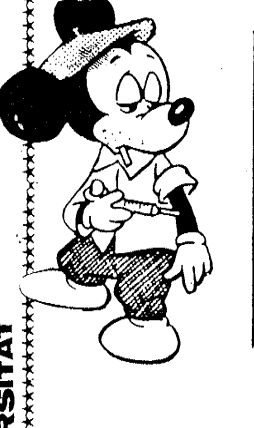
Haschkabarett

1 - 15, LUDWIGSRICHSTR. 6, Tel. 881 08 17, tägl. auf. Mo. 20⁰⁰

Programm: ALLES HAT SEINE GRENZEN!

Fr. Sa. 23 Uhr Insterburg & Co - Fr. Sa. So. Theate f. Kinder

BERLINER FILM-COOP JEDEN DONNAG 20 u. 23 UHR



NOTSTANDSGESZT DER UNIVERSITÄT

DROGEN IN SCHULTASCHEN

Hochschisch und Marihuana bevorzugt!

Herstellung, Erwerb und Abgabe zahlreicher Betäubungsmittel werden in der Bundesrepublik durch das Opiumpgesetz von 1928 geregelt. Vier dieser suchterzeugenden Drogen - an der Spitze Haschisch - gelangen über den illegalen Handel in letzter Zeit immer häufiger in die Taschen deutscher Schüler.

1. Haschisch ist die häufigste Ausbeute der Hanfkräuter (cannabis). Es wird in schneidbaren Platten gehandelt, die pfennig- bis handtellergroß sind. Marihuana besteht lediglich aus den getrockneten Blütenständen dieses Hanfkräuters und wird seines Aussehens wegen auch "Grua" oder "Heu" genannt. Haschisch gehört zu den euphorisierenden, bewußtseinsverändernden Mitteln und wird meist mit Tabak vermischt geraucht.
2. LSD-25 ist das bekannteste der synthetischen Gleichgültigkeits- und sinnestäuschend und bewußtseinsverändernd wirkenden Umstülten im Hoch, ob LSD-Gebrauch zu Chromosomenstörungen führt.
3. Pervitin gehört zu den Weckmitteln die häufig auch als Appetitmittel verwendet werden und stimulierende Effekt 1800 bei wiederholter Einnahme, rasch nach und rasch zur Erhöhung der Dosis und Gewöhnung.
4. Morphin wird aus dem Opium gewonnen und bewirkt außer einer Schmerzlinderung eine euphorische Stimmung, die das Wohlbefinden scheinbar erhöht und die Antriebskräfte dämpft.



HASCH ?



Haschisch keine Sucht erzeugt, widerlegt Psychiater Burchard aus Erfahrung: „Ich behandelte auf meiner Station 1700 Schüler Oberstufe, der nur eine einzige Dosis Haschisch nahm und sonst nichts war. 27 Telle schließlich die Gleichgültigkeit aller Menschen und Probleme gegenüber, wie man sie auch bei langjährigen Alkoholikern beobachten kann.“

Die Jung-Süchtigen sind vielfach in Deut-Lokalien auf den Geschmack und ins Geschäft gekommen. Sie wissen, wo die Händler zu treffen sind, beispielsweise im „Grünen“ und im „Speak Easy“ in Hamburg-St. Pauli oder im „S. A. U.“ und im „PN-Haus“ in München-Schwabing. Die Ware wird meist woanders übergeben - ein Erlaß der Kripo-Razzien.

Schultzeile wie Schüler kennen sich gleich gut in Materien und Verbraucher-Verhalten aus: „Ein Gramm Haschisch kostet zwischen drei und acht Mark - je nach Qualität und Neutrage“, berichtet Kriminalhauptmeister Franz Resch aus München. Sein Hamburg-Kollege, Oberkommissar Hans Schwach, unterteilt schwache und starke Raucher so: „Manche inleihen ein ganzes Gramm dieses Zeug in den Tabak für eine Zigarette, andere können mit derselben Menge für fünf bis sechs Zigaretten aus.“

Haschichte wie Morphin, Heroin, Kokain oder LSD werden von deutschen Schülern seltener verlangt: Sie sind teurer und noch gefährlicher als Haschisch.

Die gutgemeinten Aufklärungsaktionen von Jugendbehörden und Gesundheitsämtern finden kaum ein Echo. Immer mehr deutsche Schüler orientieren ihren Rauchgenuß lieber an Slogans wie „Grünchen“ und „Sudentenzeitung „un-li-ne“ aus: „Haschisch Haschisch in den Taschen - Haschisch immer in der Tasche.“

Haschisch ist „fun“ für junge Leute. Und damit zeichnet sich seit der Bundesrepublik eine Schülerbewegung ab, die ihren Vorbildern in England, Holland, Schweden und Dänemark nachfolgt. Fachleute fürchten, es sei nur eine Frage der Zeit, bis es junge Deutsche so weit wie junge Skandinavier gebracht haben:

Der in dieser "883"-Ausgabe abgedruckte Haschereport ist eine Fleissarbeit des SPIEGEL. Wir haben uns oft bemüht von Genossen Materialien oder Artikel zu bekommen, leider ohne Erfolg.

Diesem hier stellen wir zur Diskussion und hoffen auf mehr Anklang als bisher.

Was das Motiv für unsere Junggenossen auch immer sein möge, den Haschikonsum zu fördern, wir müssen die Diskussion endlich in Gang bringen: Ist Haschisch revolutionsfördernd oder ist Haschisch konterrevolutionär?

Ist das "Unbehagen am Karrieregedanken einer kritiklosen Konsumgesellschaft" (dixit SPIEGEL) ein gültiges Argument oder ist das Haschen etwa nur modern weil verboten, ist das Haschen für die meisten Abnehmer vielleicht nur das was für unseren Eltern das heimliche Kloauchen war? Bin Männlichkeitsbeweis etwa?

Wir müssen uns auch mal über eine Nebenerscheinung dieser "Haschbewegung" eingewöhnen, über die mehr oder weniger notwendigen Hascherverkäufer, Amateure oder berufsmässige, linke oder Ganoven. Sind "Haschermittler" "tabu" für uns, sind Händler die sich an Genossen bereichern tragbar, müssen wir denn Finanzgeier, die sich die Taschen füllen, schützen, rechtfertigen und ertragen?

Schreibt uns was ihr darüber denkt, Informationen, Leserbriefe (Anonymität garantiert wenn gewünscht) und Artikel werden veröffentlicht.

* IN MEMORIAM: STAUFFENBERG

Der STERN dieser Woche hat eine Anzeige der "Aktionsgemeinschaft 20. Juli veröffentlicht", in der das Attentat und die Attentäter gewürdigt werden. Einige der größten Helfer des Faschismus in Deutschland während des "Dritten Reiches" in Deutschland begründeten und unterstützten diese Aktionsgemeinschaft. Wir veröffentlichen den Text der Anzeige mit ein Igen Namen der Unterzeichner, um jedem Leser die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden, wer heute wieder in Deutschland herrscht.



Lieutenant von Stauffenberg (1933)

Am 20. Juli

gedenken wir des Tages, an dem vor 25 Jahren Graf Stauffenberg und seine Freunde zum letzten Mal den verzweifelten Versuch unternahmen, als Deutsche die Herrschaft Hitlers in Deutschland zu brechen. Ihre Tat war vergeblich, sie setzte ein weithin sichtbares und heute noch erkennbares Zeichen für die Existenz eines anderen Deutschlands, als jenes, dem Hitler seinen Namen gab, sie legte unser geistiges und politisches Dasein heute. Die deutsche Opposition jener verschiedenen Gruppen, die unter Stauffenberg zusammen fanden, und die "Weiße Rose" sind Teile eines umfassenderen Widerstandes gegen ein verbrecherisches Regime in eigenen Lande. Zu dessen Gegner gehörte ein jeder, der seinem Gewissen gehorchend und oft sehr vereinzelt im Inland oder in Emi-

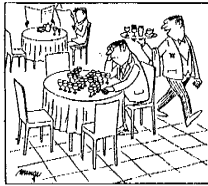
gration nationalsozialistische Ideologie bekämpfte, sich weigerte das Recht zu beugen und den Verboten des unmenschlichen Systems Hilfe bot. Die meisten von ihnen ließen ihr Leben, viele blieben unbekannt. Ihnen gilt unser Gedenken am Jahrestag des 20. Juli 1944. Aber auch der Millionen Menschen aller Nationen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen sind, gedenken wir in Ehren.

Doch dieses Gedenken muß mehr sein als eine Erinnerung an ein historisches Datum. Es muß, heute und immer, erfüllt von seinem Willen, jenen Irrwegen zu begegnen, die einst eine unselige Zeit möglich machten. Elementare Menschlichkeit, Überzeugungstreue und rechtsstaatliches Denken sind die Tragpfeiler dieser Gesinnung. Unser Glaube an die Verwirklichung ist der Glaube an unsere demokratische Staatsordnung und an ein nach innen und außen befriedetes

Europa.

Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944

- Hermann J. Abs, Frankfurt
- Wolf Graf von Baudissin, Hamburg
- Innenminister Ernst Benda, Bonn
- MdB Dr. Kurt Birrenbach, Bonn
- Dr. H.G. van Dam, Düsseldorf
- D. Helmut Gollwitzer, Berlin
- Günther Grass, Berlin
- Ministerpräsident Kühn, Düsseldorf
- Bundesminister a.D. Ernst Lemmer
- Landesbischof D.Dr. Lillie, Hannover
- MdB Ernst Majonica, Bonn
- Dr. Gebhard Müller, Präsident des Bundesverfassungsgerichts
- Generalmajor Schaeder, Mainz
- Bischof D. Kurt Scharf, Berlin
- Bundesminister Herbert Wehner, Bonn



„Wünscht der Herr noch ein Glas auf die gute alte Zeit?“

Rotbücher
RRRRR

1. Ernesto Che Guevara: Guerrilla - Theorie und Methode. DM 5,50
2. Paul A. Barrat/Erich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialisten. 128 Seiten. DM 4,50
3. Aimé Césaire: Über den Kolonialismus. 80 S. DM 3,50
4. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch. 96 Seiten. DM 3,50
5. Wolfgang Osofsky: Antikolonialistisches Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch. 160 Seiten. DM 5,50
6. Wilfried Gottschalk: Parlamentarismus und Rätebewegung. Mit einem Lesebuch. 128 Seiten. DM 4,50
7. Abonnieren Sie die Rotbücher in ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos. Sperrn St. Januar: Status 6 Wagenbach

Shops
Shops
Shops

HATTE DISKUSSIONEN & ERHEITENDE GESPRÄCHE MÖGLICH

BIER SCHMALZSTULLEN
 KRAUTSUPPE
 TRODEL KELLER

ZUM SCHOTTEN

1 BERLIN 42
 SCHLÜTERSTR. 52
 T 881 29 73

 TREFFPUNKT EINIGER LINKER
 UND DER LIEBEN POPOS



Neubauers
 „linke“
 Hilfstruppe



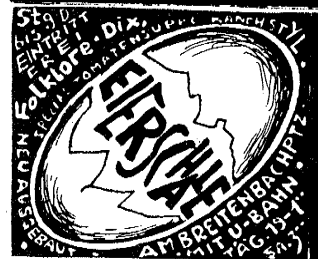
Buchhandlung

Karin Röhre

1 BERLIN 15
 LUDWIGKIRCH-
 STRASSE 4

INTERNATIONALE LINKE PRESSE
POLITIK & SOZIOLOGIE
 ★ tel 881 46 59 ★

MARKTST. ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN



WESTBERLIN ERLEBEN !

WESTBERLIN ERLEBEN heißt ein neues Plakat von Krukenberg/Witt, das vom Agit-Shop (1 Berlin 15, Uhlandstr. 52) gedruckt wurde. Es zeigt eine regelmäßige Anordnung von 12 roten und grünen Quadraten im Gesamtformat DIN A 1, die in klarsichtiger Manier durchdrungen von tiefverantwortlichem Bürgersinn Darstellungen bieten, warum es in Westberlin so schön ist. Z.B.:



bei uns
 sind selbst
 die Embryos
 überaltert

DREHSCHLEIB
 Holzbürger
 Straße 20
 BERLIN 31

20 in- und ausländische Tageszeitungen
 40 Zeitschriften
 7 verschiedene Biere
 7 Wodka-Sorten
 4 Fernsehprogramme

UNDOGMATISCHE KNEIPE FÜR LINKE LEUTE
 täglich 18 bis 2 Uhr geöffnet
 Sonntags nie ! Tel. 86 29 14

TAG UND NACHT DURCHREND GÖFFNET.

ROTE RITZE
 KREUZBERG
 PRINZENSTR. 111

TINTENFISCH
 1,95
 SCHMALZSTULLEN - 70
 SPECKBROT - 60

STEAK MIT POMMES 4,95
 FRITES U. SALAT

eine kneipe für linke und liberale scheisser.

Ein Forum **GO-IN** für Aktive
 TEL. 881 72 18

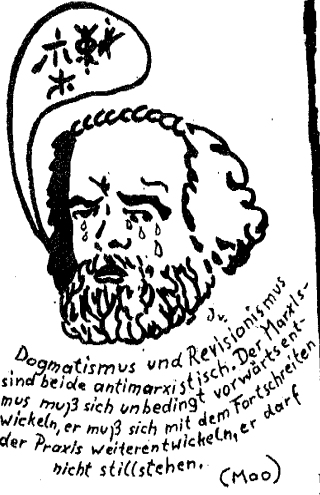
BLEIBTREUSTRASSE 17

FOLKLORE
 CAFE-THEATER
 GALERIE
 LYRIK FILMCLUB

DIE ANTIKONTRÄRE KNEIPE
 IN STEGLITZ BRUNNENSTR. 83 36 96

Doktor Kneip
 Täglich 19-3

Hallo Kneipiers! Kaschemmen-eigner!
 Interterror is watching you!



GENOSSEN FAHRT NACH EBRACH!!

SUCHT MITFAHR-
GELEGENHEITEN
NICHT, UM UR-
LAUB, SONDERN
UM REVOLUTION
ZU MACHEN!

Die Genossen, die
jetzt schon in Ebrach
sind, brauchen drin-
gend Unterstützung,
da sie laufend von
organisierten „Ordnungs-
hütern“ vertrieben
werden.

Kommt
massenhaft!!

Wo ist Radek?

„Bereitigung zur Belämpfung
des Bolschewismus“
Belohnung von
10000 M.

* Wer ist RADEK?:
KARL RADEK WAR
KOMINTERN-AGENT
U. FÜHREND AN DER
1918-REVOLUTION!!
ER WURDE VON
STALIN
ERMORDET

DAS SOZIALISTISCHE ZENTRUM

I. DAS SOZIALISTISCHE ZENTRUM
Die in den letzten Wochen in der
berliner Linken in und ausser-
halb des Republikanischen Clubs
geführte Diskussion über ein neu-
zuschaffendes SOZIALISTISCHES
ZENTRUM hat zu Ergebnissen geführt,
aus denen jetzt bestimmte Konse-
quenzen gezogen werden müssen.

Das SOZIALISTISCHE ZENTRUM als
politisches Zentrum der Linken:
die Entwicklung der sogenannten
Auserparlamentarischen Opposition
von einer bloßen anti-autoritären,
bestenfalls radikal-demokratischen
Studentenrevolte zu einer Bewegung
mit sozialistischen Zielen - von
der bürgerlichen Presse als Tod
der APO mißverstanden und diffami-
ert - hat der Organisationsfrage
eine zentrale Bedeutung zukommen
lassen. Die Notwendigkeit eines
politischen Zentrums für die Linke
ist sowohl bei den Basisgruppen
wie bei den Universitätsgruppen
klar erkannt worden.

Für die Basisgruppen heist das, daß
die Arbeit in den verschiedenen
Basisgruppen und Betriebsgruppen
koordiniert werden muß und die
Arbeitsbereiche, die nicht von ein-
zelnen Basisgruppen zu bewältigen
sind (Schulungsarbeit, grössere Kam-
pagnen) zentral in Angriff genommen
werden müssen. Ebenso müssen Voraus-
setzungen dafür geschaffen werden,
daß die Arbeit innerhalb der ein-
zelnen Basis und Betriebsgruppen
durch Einbeziehung von Genossen
aus anderen Praxisbereichen (Medi-
ziner, Lehrer, Kindergärtnerinnen)
wirksamer wird als bisher.

Die Kooperation der Basisgruppen
untereinander mit anderen Gruppen,
wie sie im Malkomitee stattgefun-
den hat, war ein Ansatz und ein
Anstoß, die Organisation in Rich-
tung auf ein SOZIALISTISCHES ZEN-
TRUM voranzutreiben.

Die gemeinsame Schulungsarbeit
wird mittlerweile von Sozialistis-
chen Arbeiter und Lehrlingszentren
(S.A.L.Z. der Basisgruppen im So-
zialistischen Zentrum geplant und
organisiert.

Die Universitätsgruppen werden
sich vorläufig nicht in gleicher
Weise auf das SOZIALISTISCHE
ZENTRUM hinorientieren.

Dem die Transformation der Stu-
dentenrevolte in einer eigenen
studentischen Massenorganisation,
soll geleistet werden mit Hilfe
der Gründung einer eigenen Stu-
dentischen Massenorganisation, deren
Gründung auch als Antwort auf das
Hochschulgesetz des Senats notwen-
dig erscheint. Das würde bedeuten,
daß der Hochschulsektor der APO
zunächst gesondert organisiert
bleibt, wiewohl die Zusammenar-
beit mit den übrigen Gruppen im
Sozialistischen Zentrum selbstver-
ständlich ist. Da zudem das eigent-
liche Ziel der geplanten Hochschul-
organisation gerade die Freisetzung
studentischer Kader für den ausser-
universitären Bereich ist, wäre auch
für die studentische Massenorgani-
sation das SOZIALISTISCHE ZENTRUM
der relevante organisatorische Bezugs-
punkt.

Die im RC geführten Diskussionen
haben folgendes Ergebnis gehabt:
1. Die Notwendigkeit, die Stützpunk-
funktion des RC für die arbeiten-
den Gruppen, wie sie sich in den
letzten Monaten immer deutlicher
ergeben hat, zu verstärken, ist prak-
tisch von allen Klubmitgliedern,
die sich an diesen Diskussionen
beteiligt haben, prinzipiell aner-
kannt worden.

Auch wenn viele Clubmitglieder
ihren Status als Kartelleichen
nicht verändert haben, so darf doch
aus den Diskussionen der letzten
Wochen die Konsequenz gezogen wer-
den: Auszug aus der Wielandstr. und
Neueinrichtung eines wesentlich
grösseren für die Arbeit der Grup-
pen brauchbareren und mit mehr
technischen Hilfsmitteln ausgestat-
teten Sozialistischen Zentrum.
Der Vorstand des RC hat sich ent-
schlossen, dies in Angriff zu neh-
men.



PROBISCHES UND FINANZIERUNG:

Der Raumbedarf für das SOZIALIS-
TISCHE ZENTRUM, der sich an den Mi-
nimalwünschen der angesprochenen
Gruppen orientiert hat, sieht etwa
so aus:

1. Ein großer Raum für Veranstaltun-
gen, ca. 600 Personen.
2. Zwei größere Räume für jeweils
bis 100 Personen.
3. Sieben bis acht Räume für ca.
30 bis 50 Personen.
4. Mindestens sechs Büroräume.
5. Eine Bibliothek (Lesezimmer).
6. Ein Buchladen.
7. Zwei Räume (Druckraum, Papierla-
gerung etc.).
8. Drei Wohnräume.
9. Zwei Räume (Mediziner).
10. Eine Kneipe mit zwei Nebenräu-
men.
11. Küche beziehungsweise Vorrats-
raum.
12. Diverse sanitäre Anlagen.
13. Eventuell Kellerräume, etc.

Die Möglichkeit, in West Berlin ein
altes Fabrikgebäude oder einen Teil
eines solchen in dieser Größe zu
mieten, ist prinzipiell gegeben, und
zwar auch zu Preisen, die im Rahmen
der Möglichkeiten, der Beteiligten
liegen. Bisher sind dem RC zwei
Projekte dieser Art (in Kreuzberg)
genannt worden, die beide zwar nicht
ganz ungeeignet waren, aber doch
noch zu viele Mängel aufwiesen,
als daß eine positive Entscheidung
schon sinnvoll erschienen wäre.

Wir rechnen aber damit, daß ein Aus-
umzug in neue Räume in den
nächsten Monaten stattfinden wird.
Es sei angemerkt, daß sich nach den
Vorstellungen des Vorstandes an
der rechtlichen Konstruktion des
RC's nichts ändern wird. Die GmbH
& Co. K.G. wird weiterhin existieren
und Mieter der neuen Räume
sein, die politische Arbeit des
RC's im e.V. stattfinden.

Die Kosten des Sozialistischen
Zentrums können wie folgt veran-
schlagt werden: 1. Miete: ca. DM 3.000;
das würde bedeuten, daß gegenüber
den jetzigen RC-Räumen eine über
DM 1.000 höhere Miete bezahlt wer-
den müßte (für Räume, die mehr als
drei mal so groß wären).



2. Neueinrichtung der Räume:
ca. DM 80.000,- bis DM 100.000,-.
Diese Summe ist weitgehend ge-
schätzt und wird vielleicht nicht
sofort auf einmal notwendig sein.
Auch besteht eine berechtigte
Hoffnung, daß sie sich durch frei-
willige Aufbauschichten von Mit-
gliedern der Basisgruppen u.a.
noch erniedrigen läßt.

3. Die laufenden Unkosten für Bü-
ro und Gehälter werden mindestens
genau so hoch sein wie bisher
im RC.

Diese Gelder müssen aus den ver-
schiedensten Quellen aufgebracht
werden:
a) Die Einrichtungskosten müs-
sen im Rahmen einer großen Finan-
zierungskampagne aufgebracht und
erbetelt werden. Die ersten Spen-
den sind schon auf dem vom RC
eingerrichteten Sonderkonto ein-
gegangen. Die Basisgruppen werden
ihre Mitglieder auffordern, den
Ertrag eines Produktionstages
für die Einrichtung des Sozialis-
tischen Zentrums zu spenden.
Der Clubvorstand fordert hier-
mit seine Mitglieder auf, das
gleiche zu tun: Spendet soviel,
wie ihr an einem normalen Arbeits-
tag verdient für das Sozialistische
Zentrum! Wer den Wunsch hat, eine
Spende Steuerabzugsfähig zu zah-
len, wende sich bitte an das Sek-
retariat des RC.



Der Initiativausschuß für das
Sozialistische Zentrum und der
RC Vorstand werden sich darüber
hinaus auch direkt an potentielle
Geldgeber wenden mit der Bitte,
größere Summen zur Verfügung zu
stellen,
und schließlich werden bei
größeren Veranstaltungen der APO
in Zukunft Sammlungen für das
Sozialistische Zentrum gemacht
werden.

b) Die erhöhten und in Zu-
kunft sicher noch wachsenden Un-
kosten für das Sozialistische
Zentrum können und sollen selbst-
verständlich nicht allein von
den bisherigen Mitgliedern des
RC getragen werden. Es müssen des-
wegen - neben der vorläufig nicht
sehr hoch zu veranschlagenden
Beteiligung der Basisgruppen an
der laufenden Finanzierung -
neue Geldquellen erschlossen wer-
den.

Es soll dabei in doppelter Rich-
tung vorgegangen werden:

Es müssen langfristig gewinn-
bringende Projekte aufgebaut wer-
den. Dazu gehören natürlich, wie
schon bisher - aber in erweiter-
ter Form - Kneipe und Buchladen,
dazu gehören dann etwa eine linke
Kfz-Werkstatt, ein Laden für
billige Konsumgüter u.a. mehr.

Zweitens müssen Unternehmungen,
die davon leben, den Linken das
Geld abzunehmen, zu einer parti-
ellen Rückvergütung veranlaßt
werden. Mit den linken Kneipen
in Charlottenburg nimmt die
Sache z. Zt. ihren Anfang, eine von
"987" begonnene Kampagne in die-
ser Richtung, die natürlich auf
die Solidarität der linken Ge-
nossen angewiesen ist, hat schon
erste Erfolge erzielt (der Wirt von
"Schottent" z. B. hat sich berei-
ter erklärt, monatlich mindestens
DM 150,- für das Sozialistische
Zentrum abzuführen. Die ersten
DM 150,- hat uns der Schotten-
wirt bereits am 22. Juni 1969
gegeben und wurden auf das Sonder-
konto für das Sozialistische Zen-
trum eingezahlt).

Allerdings wird diese Art der
Finanzierung weder in der einen
noch in der anderen Form schon
sofort all das Geld einbringen,
was für die laufenden Unkosten
des Sozialistischen Zentrums nö-
tig sein wird. Deswegen braucht
das Sozialistische Zentrum für eine
Übergangszeit noch laufende Spen-
den. Der RC Vorstand wendet sich
deswegen an seine Mitglieder mit
der Bitte, zu überlegen, ob sie
von Beginn der Arbeit im Sozia-
listischen Zentrum an - vorläuf-
ig befristet für ein Jahr -
zusätzlich zu den Mitgliedsbei-
trägen eine monatliche Summe
bezahlen können.

**KANT
STR.
STRASSE**

**STEVE
CLUB**

**FOKLORE
Kulturbörse
Chansons**

**KRUMME
BIERE
4,50
1,50**

Für die tägliche Agitation

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unähnlich wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen und Zuchthäuser.“ (Industriekurier, Düsseldorf)

Die Gleichsetzung von Betrieben und Schulen mit Zuchthäusern trifft den Kern der Sache, man kann dem „Industriekurier“ für diese Offenheit nur danken. Und daß in der Bundeswehr noch der gleiche undemokratische Geist wie vor 1945 herrscht, das ist uns auch nicht neu.

„Die Mitbestimmung rührt an den Grundlagen unserer Eigentums-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“ (Unternehmensrat der Deutschen Industriellen, Nr. 22, 1. Juni 1967)

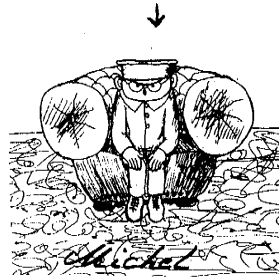
Die Herren Unternehmer haben es genau erkannt, worum es uns geht, wir sehen die Kampf um die erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus zur Beseitigung des verfaulenden spätkapitalistischen Gesellschafts-systems.

„Nun bin ich weg!“



Du weiße Sternblume im ersten Frühlingswind, Karl Marx und Einstein sind nicht mehr als du, mein Kind!

MICHEL LERZAEHLT....!



BENDA GIBT RADIKALEN KEINE CHANCE

Bundesinnenminister Benda räumt den radikalen Kräften in der Bundesrepublik keine Chance ein. In einer Rede vor dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands versicherte der Minister am Wochenende in Köln, den „Revolutionären der verschiedenen Richtungen“ werde es verwehrt werden ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Benda sprach von einer „vorhersehbaren Niederlage“ der radikalen Kräfte.

Seine Voraussage verband der Minister jedoch mit einer Warnung an die Vertreter des Staates, nach der Niederlage der Radikalen zu glauben, es sei ein Erfolg errungen, „und es könnte nun eigentlich alles beim alten bleiben“.

GRIECHEN WIDERSTANDSFILM IN MOSKAU

Costa-Gavras, der griechische Regisseur des französischen Films „Z“ hat nun zugestimmt, daß sein Film doch beim Moskauer Film-Festival gezeigt werden darf. Nachdem die Delegation des griechischen Militärregimes ihre Teilnahme an den Festspielen absagte und der offizielle griechische Film zurückgezogen wurde, nahmen Costa-Gavras, das Schauspielerteam von „Z“ und Melina Mercouri ihren Protest zurück. Sie wollen jetzt mit „Freude“ am Festival teilnehmen. „Z“ ist die kaum romanzierte Verfilmung der Verschwörung gegen den linken griechischen Abgeordneten Lambrakis und seiner Ermordung durch Fememörder einer rechtsradikalen Organisation. Der Lambrakis-Film ist noch nicht in Deutschland gezeigt worden. In Paris dagegen spielt er seit Januar und wurde bereits von mehr als 500.000 Menschen gesehen.



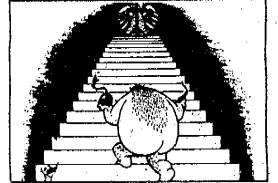
EX-MAJOR TRAF DEN NAGEL AUF DEN KOPF

Ein einziger Gefreiter auf einer Kommunistenversammlung in Westdeutschland erregt großes Aufsehen bei Politikern und Militärs. Zehn Majore und Hauptleute auf der NFD-Versammlung dagegen kümmern niemanden einen Deut. (Hans-Joachim Kruse, in die DDR geflüchteter ehemaliger Bundeswehr-Major)



TESTS MIT TÖDLICHEM NERVENGAS

Das amerikanische Verteidigungsministerium führt nach einer eigenen Mitteilung vom Wochenende auf drei Versuchsgeländen in den Vereinigten Staaten nach wie vor Tests mit tödlichem Nervengas unter freiem Himmel durch. Dokumente, die von der Regierung einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses vorgelegt wurden, deuten darauf hin, daß diese Versuche in den nächsten drei Monaten noch verstärkt werden sollen.



Die Eskalation der Gewalt Die Welt

NEUE WAFFEN FÜR ATHEN ?

Das griechische Militärregime scheint neue Waffengeschäfte in der Bundesrepublik tätigen zu wollen. Einem Bericht der „Griechenland-Information“ zufolge hat die Firma Bölkow GmbH den Auftrag der Junta angenommen, vierzehn Hub-schrauber für das Regime zu liefern. Weiterhin soll die Firma Krauss-Maffei AG in München von Junta-Offizieren besucht und gebeten worden sein, leichte Waffen zu liefern, die für den Einsatz bei Straßenkämpfen geeignet sind. Laut „Griechenland-Information“ hat die „Firma den Abschluß des Vertrages von einer Einwilligung der Bundesregierung abhängig gemacht“. Zu der bereits früher abgegebenen Stellungnahme von „Griechenland-Information“ man hoffe, Bonn werde eine solche Genehmigung nicht erteilen, ist nach Auskunft der in der Bundesrepublik lebenden Mitarbeiter dieses Informationsheftes bisher von offizieller Seite keine Erklärung gegeben worden.

1 BERLIN 41 RHEINSTR. 54

Eva's POSTERSHOP

PLAKATE KUNSTDRUCKER

42x57-Poster ab. 20,- 1,-

Russische Rex. n. = 4,-

Fotopublik. offen = 2,50

VRISGRAMS POSTER BILDER

BESTELLSCHEIN 883

HIERMIT BESTELLE ICH AB.....

DIE WÖCHENTLICH ERSCHEINENDE ZEITUNG ZUM ABO-PRES VON DM 2,- MONATLICH (INCL. PORTO) FÜR DIE MINDESTDAUER VON 1 JAHR DEN BETRAG ÜBERWEISE ICH IM VORAUS AUF DAS PSCH KONTO „GRUPPE A“ 221241, GLN-W

NAME:

ANSCHRIFT:

UNTERSCHRIFT →

Agit 883

STRAFANZEIGE

Berlin wird ihnen eine Antwort geben!

B.Z.:

Der Demokratische Klub hat Strafanzeige gegen die verantwortlichen Herausgeber des APO-Blattes „883“ gestellt. In der Nummer 29 der Zeitung ist angeblich die Aufforderung enthalten, den indonesischen Staatspräsidenten zu ermorden, wenn dieser zu einem Staatsbesuch nach Berlin kommen sollte.

Diese „Aufforderung“ zum Mord lautete: Es ist daher die Aufgabe der APO, klarzustellen, daß es in diesem Fall nicht bei Demonstrationen bleiben wird, sondern daß in revolutionärer Solidarität mit den fortschrittlichen Gruppen Indonesiens für eine Erschießung des üblen Diktators Suharto gesorgt werden wird. Ein ganzes Volk würde dadurch im emanzipatorischen Befreiungskampf einen großen Schritt vorwärts kommen.

SIG SIGMA

Sigmaringer

Niederschrift über die Sigmaringer Straße.

Die Sigmaringer Straße verläuft parallel zur Behlaburger und zur Uhländerstraße. Sie erstreckt sich vom Hohenzollernplatz bis zur Berliner Straße. Der nächste Verkehrsnotenpunkt ist der Scheffelinplatz. Vom Behlaburger Platz ist die Sigmaringer Straße nur drei Umlinien entfernt. Merkt euch das alles ganz genau, lest es nochmals nochmal, denn in der Sigmaringerstraße ist Bo und Bo!

SIGMARINGERSTRASSE

Polkwitz

Bier Wein Schnaps & Likörwaren

Bayerische Straße 33 am Olivaer

Ab 7 Uhr geöffnet!

(Man kann auch draußen sitzen!)